

Stadtverwaltung Rheda-Wiedenbrück
Herrn Bürgermeister Theo Mettenborg
Rathausplatz 13

33378 Rheda-Wiedenbrück

Dr. Martin Hüntten
Fraktionsvorsitzender
05242 - 5819905
fraktion@move-rw.de
Kiefernweg 4
33378 Rheda-Wiedenbrück

Tel.
eMail

Rheda-Wiedenbrück, 10.10.2024

ZUE – Erweiterung des Anforderungsprofils zur Schaffung einer solchen Einrichtung auf Rheda-Wiedenbrücker Stadtgebiet

Hier: Einrichtung einer „EK Prio“ seitens der Kreispolizeibehörde nach Soester Modell

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mettenborg,

spätestens seit der Ratssitzung vom 01.10.24 beschäftigt die Bürger unserer Stadt nichts so sehr wie die diskutierte Zentrale Unterkunft-Einrichtung (ZUE) im Bereich des Wieksweges/ Im Mersch. Neben viel Verständnis und Sachlichkeit in der Diskussion während und nach der Sitzung steht aber ein Thema ganz oben auf der Agenda unserer Bürger:

Die Sicherheit in unserer Stadt nach Errichtung einer solchen Einrichtung.

Wenngleich ohne Frage sehr subjektive Empfindungen und Befürchtungen ohne persönliche Erfahrungen hier dominierend sind, so ist dieses Thema in unseren Augen das vornehmlichste überhaupt, wollen wir die notwendige Akzeptanz bei unseren Bürgern schaffen.

Hohe Konzentrationen von Personen in solchen Einrichtungen haben in der Vergangenheit vielerorts zu einem deutlichen Anstieg der Kriminalität in den Städten und Gemeinden geführt.

Als Reaktion hierauf hat z. B. der Kreis Soest in Kooperation mit der Staatsanwaltschaft, dem Amtsgericht, der Ausländerbehörde, benachbarten Polizeibehörden und der Bundespolizei die **Ermittlungskommission Prio (EK Prio)** eingerichtet - mit durchschlagendem Erfolg in der Kriminalitätsbekämpfung.

Wir möchten auch in Rheda-Wiedenbrück die o. g. Institutionen bereits im Vorfeld der Inbetriebnahme einer solchen Einrichtung mit im Boot haben, um mögliche negative Tendenzen für unsere Bevölkerung gleich zu Beginn schon abwehren zu können.

Wir denken, dass bei einem derart sensiblen Thema nicht erst dann aktiv gehandelt werden sollte, wenn sich negative Entwicklungen zeigen, sondern bei Inbetriebnahme bereits die Strukturen für ein konsequentes Handeln vorliegen und abgestimmt sind.

Wir beantragen zusätzlich für die Ratssondersitzung am 28.10.24 folgende Beschlußfassung:

Der Rat der Stadt Rheda-Wiedenbrück beauftrag im Falle einer positiven Beschlußfassung für die Einrichtung einer ZUE die Verwaltung, sich frühzeitig mit der Kreispolizeibehörde sowie der Staatsanwaltschaft Bielefeld, dem Amtsgericht Wiedenbrück, der Ausländerbehörde, mit benachbarten Polizeibehörden sowie der Bundespolizei abzustimmen, um zu Beginn der Inbetriebnahme der ZUE bereits über handlungsfähige Sonderstrukturen zur Kriminalitätsbekämpfung zu verfügen.

Ferner möchten wir anregen, zur Erklärung und Berichterstattung über das Konzept den Soester Hauptkommissar Andy Lorenz oder den Leiter der Soester Polizeibehörde, Benjamin Aufdemkamp, in die Ratssitzung einzuladen, um den Ratsmitgliedern die positiven Erfahrungen aus dem Kreis Soest näher zu bringen.

Nur wenn es uns gelingt, die mannigfaltig geäußerten Bedenken und Ängste vor allem der Anwohner einer ZUE nach besten Möglichkeiten aufzunehmen und zu zerstreuen, wird die Schaffung einer solchen Einrichtung die notwendige Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung erhalten, die zu einem positiven Gelingen unabdingbar ist.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dr. Martin Hüntten

Fraktionsvorsitzender